

Beschluss des 8. Landesparteitages

1. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen 20.11.2021 in Bad Blankenburg

(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einigen Gegenstimmen
und einigen Enthaltungen beschlossen)

Gemeinsam und Solidarisch

Wo wir stehen

Für DIE LINKE. Thüringen ist der 8. Landesparteitag Ende November 2021 eine Standortbestimmung und Aufgabenbeschreibung zugleich. Wir stehen als Landesverband vor einer neuen Etappe unserer Partei- und politischen Entwicklung in Thüringen:

- Die Bundestagswahl mit der bitteren und enttäuschenden Niederlage für DIE LINKE, bundesweit und auch in Thüringen, zwingt uns als Partei dazu, die Frage nach unseren Fehlern und nach unserem politischen und alltäglichen Gebrauchswert für die Menschen zu beantworten. Es gilt, unsere Rolle als die linke Opposition zur Bundesregierung zu finden und glaubwürdig auszufüllen.
- Nach dem Wortbruch der CDU-Abgeordneten und dem daraus folgenden Nichtzustandekommen der vorgezogenen Neuwahlen zum Thüringer Landtag gilt es für DIE LINKE, auf der Grundlage des Wahlergebnisses vom 27. Oktober 2019 legislativ und exekutiv Verantwortung zu tragen und entsprechend unseres Wahlprogramms und des mit SPD und Grüne vereinbarten Koalitionsvertrages bis zum Ende der Legislaturperiode für Mehrheiten in und außerhalb des Parlaments zu streiten, aber auch dem eingetretenen Vertrauensverlust in die politischen Akteure in Thüringen allgemein entgegenzuwirken.
- Nach der Wahl von Susanne Hennig-Wellsow zur Bundesvorsitzenden der Partei DIE LINKE wird der Thüringer Landesverband nach acht Jahren wieder eine neue Landesspitze wählen und dabei wie vom 7. Landesparteitag beschlossen, die Trennung von Landes- und Fraktionsvorsitz vollziehen. Mit der turnusmäßigen Wahl des Landesvorstandes stellen wir uns personell neu auf, um mit Blick auf die Zukunft DIE LINKE in Thüringen weiterhin als sozialistische Partei, als Ort lebendiger Politikgestaltung, als einen starken und verlässlichen politischen Akteur und Partner,

als Verantwortungsträger in der Gegenwart und Garant für die Realisierung einer gerechten und solidarischen Gesellschaftsperspektive zu etablieren.

- DIE LINKE bleibt eine aktive Mitgliederpartei, die Menschen einlädt und ihnen die Beteiligung an politischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen ermöglicht. Die Parteistruktur, die Formen der Partizipation für Mitglieder und Sympathisant*innen sowie die politische Kommunikation müssen sich dabei auf sich verändernde, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Bedarfe der politisch Engagierten einstellen.

Das Ergebnis der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl - bundesweit und auch in Thüringen - ist eine politische Niederlage, die schmerzt, aber deren Ursachen wir als Partei selbst zu verantworten haben. Unser Dank gilt den zahlreichen Wahlkämpfer: innen für ihr Engagement und den Kandidat: innen, die mit ihrer Persönlichkeit und ihrem politischen Angebot für eine Stimme für DIE LINKE geworben haben. Mit Susanne Hennig-Wellsow, Martina Renner und Ralph Lenkert wird die Thüringer LINKE auch weiterhin mit drei Bundestagsabgeordneten vertreten sein.

Die Ursachen für den Stimmenverlust sind vielfältig. DIE LINKE hat an alle politischen Lager verloren, an Nichtwähler: innen genauso wie an kleinere Parteien, an CDU und FDP ebenso wie an die AfD, am meisten aber an SPD und GRÜNE. Auf die gesellschaftspolitische Umdeutung einer Parlamentswahl zu einer Kanzlerwahl hat DIE LINKE nicht adäquat reagiert und war nicht in der Lage, einen politischen Gebrauchswert zu vermitteln. Einem in seiner konkreten inhaltlichen Ausrichtung positiv bewertetem Wahlprogramm zur Bundestagswahl folgte keine wahrgenommene und der LINKEN zuerkannte Handlungs- und Lösungskompetenz. Der formulierte Anspruch, mit einem eigenen starken Ergebnis für ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis zu sorgen, verlor durch öffentliches Infragestellen aus der Partei heraus an Glaubwürdigkeit und durch die Abgrenzung von SPD und Grünen auch an Überzeugungskraft. Dass sich der bereits zur Europawahl 2019 im Wahlergebnis deutlich werdende Glaubwürdigkeitsverlust auch bei inhaltlichen Positionen fortsetzte, zeigt, dass für viele Menschen die Rolle und Funktion der Partei DIE LINKE nicht erkennbar waren.

Die differenzierte Abstimmung zur Mandatierung der Bundeswehr zur Rettung afghanischer Ortskräfte zeigte sehr deutlich die inhaltliche und strategische Zerrissenheit der Bundestagsfraktion der LINKEN. Die Debatte setzte in der Wahrnehmung vieler Menschen an

die Erfahrungen innerparteilicher Konflikte der letzten Jahre an, in dem nicht Pluralität von Meinungen zu einem gemeinsamen Politikkonzept führte, sondern zur unversöhnlichen Gegenüberstellung gegensätzlicher und sich wechselseitig ausschließender Positionen.

Dennoch erwarten wir von unserer Bundestagsfraktion und ihren Mitgliedern, dass sie unser Wahlprogramm und insbesondere unsere Grundsatzpositionen glaubhaft vertreten.

Seit der Wahl sind bundesweit 1623 Menschen in DIE LINKE eingetreten, sechzig davon alleine in Thüringen (Stand 07.10.21). Sie wollen mitgestalten und haben mit ihrem Eintritt Verantwortung übernommen, nun als Teil der LINKEN unsere Partei weiter mit zu entwickeln. Als Landesverband DIE LINKE. Thüringen werden wir dieses Angebot annehmen, Erwartungen aufnehmen und politische Räume zur Mitgestaltung entwickeln.

Wer wir sind

„Wir verfolgen ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.“

(Programm der Partei DIE LINKE, beschlossen am 23. Oktober 2011)

DIE LINKE ist und bleibt eine sozialistische Partei, die ihren Platz hat und politisch als Opposition neben einer von der SPD mit Beteiligung der FDP geführten Bundesregierung umso dringender benötigt wird. Menschen, die ausgeschlossen sind von einer gleichwertigen politischen, ökonomischen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft und Menschen, denen nicht egal ist, wenn andere von den gesellschaftlichen Ressourcen abgehalten werden, brauchen eine Partei wie DIE LINKE.

Die Bundestagswahl hat gezeigt, dass wir dringend eine Aktualisierung unserer transformatorischen Erzählung und mit ihren verbundenen konkreten Projekten brauchen. Was bedeutet unsere Vorstellung eines Demokratischen Sozialismus angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts? Was bedeuten Soziale Gerechtigkeit, demokratisches Eigentum, eine Infrastruktur für Alle, die Sicherung von Grund- und Freiheitsrechten und des friedlichen Zusammenlebens der Menschen im Digitalen

Kapitalismus konkret angesichts der drohenden Klimakatastrophe und der gravierenden sozialen Herausforderungen?

Auf diese Fragen hatten wir zur Bundestagswahl für viele Menschen keine überzeugenden Antworten. Wir sind nicht nur an der Kommunikation unserer Ideen gescheitert, sondern müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass die Ideen der frühen 2000er kaum noch als inspirierend empfunden werden. Wir müssen dieses Signal ernst nehmen und die Aktualisierung unseres transformatorischen Gestaltungsanspruchs entlang der Grundwerte unserer Partei und der Idee des Demokratischen Sozialismus angehen. Wir müssen wieder eine Zukunftsvorstellung ausstrahlen und Vorschläge unterbreiten, die auf die heutigen Verhältnisse antworten und ein besseres Leben für abhängig Beschäftigte, Rentner*innen, Erwerbslose, prekäre Freiberufler: innen und Soloselbstständige - für die Mehrheit der Menschen - ausstrahlen. Unsere politischen Vorschläge müssen klären, wo wir in den aktuellen Auseinandersetzungen stehen und wessen Interessen wir vertreten und gegen welche Interessen wir uns wenden. Sie müssen eine gerechtere Gegenwart wie demokratisch sozialistische Zukunft erkennbar machen.

Längst ist DIE LINKE keine Protestpartei mehr. Wir waren aber auch immer erst dann politisch erfolgreich, wenn neben dem Protest gegen gesellschaftliche Ungleichheit unser Mut zur Veränderung sicht- und spürbar wurde. Das strategische Dreieck unseres politischen Erfolgs aus Protest gegen Ungerechtigkeit, dem Entwickeln konkreter, den Alltag der Menschen positiv verändernder Projekte und dem Willen, als Partei zur transformatorischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen, muss wieder stärker als grundlegendes Wesensmerkmal unseres politischen Wirkens innerhalb und außerhalb der Parlamente sichtbar werden.

Im Land

Als Thüringer LINKE haben wir am 27. Oktober 2019 zur Landtagswahl mit 31% einen historischen Wahlsieg errungen. Dem gegenüber stand der Verlust der parlamentarischen Mehrheit für das seit 2014 regierende Bündnis aus LINKE, SPD und Grüne. Zur Wahrheit gehört auch, dass bereits 2014 die noch 2009 bestehende gesellschaftliche Mehrheit für Rot-Rot-Grün verloren ging. Der mit der Wahl Thomas Kemmerichs zum Ministerpräsidenten am

5. Februar 2020 mit den Stimmen der extrem rechten AfD vollzogene Tabubruch war eine politische Zäsur, deren Folgen bis heute das politische Klima und das Vertrauen politischer Akteure beeinträchtigt. Eine arbeitsfähige und demokratisch legitimierte Landesregierung ist seit dem 4. März 2020 mit der erneuten Wahl von Bodo Ramelow im Amt. Sie verfügt aber im Parlament über keine sie tragende parlamentarische Mehrheit.

Mit dem Nichtzustandekommen der vorgezogenen Neuwahlen des Thüringer Landtages stehen die Abgeordneten nun in der politischen Verantwortung für die gesamte Legislaturperiode, für die sie im Oktober 2019 gewählt wurden. Das Auslaufen des Stabilitätsmechanismus führt dazu, dass die Regierungskoalition für parlamentarische Mehrheiten nicht mehr allein auf die CDU-Fraktion angewiesen ist, sondern eine demokratische Mehrheit auch mit den Stimmen der FDP-Abgeordneten gefunden werden kann. Für die Suche nach Mehrheiten werden künftig also weniger Konstellationen verantwortlich sein als vielmehr inhaltliche Aushandlungsprozesse.

Die Rolle gesellschaftspolitischer, aber außerparlamentarischer, Akteure wird an Bedeutung für Mehrheitsfindungen deutlich gewinnen. Dies setzt jedoch voraus, diese stärker als bisher auch frühzeitig in Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzubinden. In einem gleichen Maße muss aus Sicht der Partei DIE LINKE das Verhältnis der repräsentativen Demokratie einerseits und der direkten Demokratie andererseits neu ausgerichtet werden. Die Stärkung des Initiativrechtes für Einwohner: innen gegenüber dem Parlament und die Absenkung von qualitativen sowie quantitativen Hürden für Volksbegehren kann ein Schritt sein, Politikverdrossen zu begegnen und Politik im weitesten Sinne zu einem einladenden Ort aktiver Mitgestaltung zu entwickeln.

Die seit März 2020 andauernde Corona-Pandemie fordert die Menschen extrem. Alle mussten erhebliche Einschränkungen erfahren. Nicht jede getroffene Maßnahme zum Schutz der Gesundheit vieler Menschen wurde als solche respektiert und akzeptiert, wie an anderer Stelle auch das Unterlassen von Maßnahmen ebenso Kritik erfahren hat. Dieser andauernde und sich an Exekutiventscheidungen entlang entwickelnde gesellschaftliche Aushandlungsprozess dauert bis heute fort und fordert uns als politische Partei, da wir zugleich Akteur, Adressat und alle auch Betroffene der Debatte sind.

Der Corona-Winter 2021/22 hat gerade erst begonnen und bereits jetzt sind die Inzidenzwerte und Hospitalisierungsraten, auch in Thüringen, so hoch wie nie.

Die Linke. Thüringen plädiert für eine konsequentere und einheitlichere landes- und bundespolitische LINKE-Linie bei der Bekämpfung des Virus und im Umgang mit zu ergreifenden Maßnahmen.

DIE LINKE. Thüringen ruft mit Nachdruck zu Impfungen auf. Sie schützen nachweislich und sind ein Ausdruck von Solidarität und Verantwortung füreinander. Zugleich dürfen die Kosten des Infektionsschutzes nicht den Einzelnen auferlegt werden. Hier helfen keine kosmetischen Korrekturen, wir brauchen einen Kurswechsel in der Corona-Politik.

Wo ein Lockdown Leben schützen kann, fordert die LINKE, diesen zuerst umzusetzen. Dies trifft explizit nicht Kunst und Kultureinrichtungen mit funktionierenden Hygienemaßnahmen und Vorkehrungen, sondern etwa Dienstleistungen in Großraumbüros und an anderen Stellen, wo sich Menschen zusammenballen, deren Ausführung in einer Notsituation aber nicht ausdrücklich notwendig sind.

Im Bund standen und stehen wir in Opposition zur Corona-Politik der Bundesregierung. In Thüringen mussten wir selbst teils unbeliebte Entscheidungen treffen und Maßnahmen durchsetzen. Nicht immer ist uns diese Doppelrolle gelungen und auch wir müssen unsererseits im Nachgang Fehler in der Pandemiebekämpfung eingestehen. Unsere Grundüberzeugungen in der Pandemiepolitik bleiben bestehen: Menschen vor Profite, Solidarität und Schutz der schwächsten Gruppen, wissenschaftliche Fakten bleiben unser Maßstab.

Auch mussten wir feststellen, dass sich explizit linke Positionen in der Pandemiebekämpfung und Pandemiefolgenbeseitigung nicht oder nur in geringem Maße durchsetzen konnten. Wirtschaftshilfen, die letztlich Vermögenseinkünfte aus Kapital und Immobilien sicherten, während zugleich viele arbeitende und erwerbslose Menschen Einkommens- und Vermögensverluste hinnehmen mussten, waren ebenso Teil der bundesweiten Corona-Hilfs-Politik, wie eine Schwerpunktsetzung bei Corona-Schutzmaßnahmen auf Bereiche, die für Kinder- und Jugendliche, für Pflege- und Betreuungsbedürftige sowie Kleinstunternehmer*innen und Einzelhändler*innen bei einer gleichzeitig kaum regulierten Arbeits- und Wirtschaftswelt massive Auswirkungen hatten. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie hat zudem die einsetzbare Menge öffentlicher Gelder stark reduziert und lässt andere wichtige Herausforderungen hintenanstehen.

DIE LINKE. Thüringen hat mit dem im Juni durch den Landesparteitag beschlossenen Landtagswahlprogramm aufgezeigt, mit welcher Schwerpunktsetzung und entlang welcher Leitlinien sich Thüringer Landespolitik nach der Pandemie orientieren muss:

„Es geht somit nicht um die Wiederherstellung des Status Quo, sondern um einen grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Richtungswechsel, der die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte korrigiert. Denn zu deutlich wurden die Ungerechtigkeiten und Schief lagen in der Gesellschaft. Es wurde sichtbar, dass Menschen eben nicht gleich an vor allem sozialen und ökonomischen Rechten sind. Auch die unwiederbringliche Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und die Zerstörung der für den Menschen notwendigen natürlichen Lebensbedingungen schreiten voran.

Darum braucht es einen Neueinstieg, der eben kein Wiedereinstieg in alte Muster ist, sondern die zutage getretenen Herausforderungen und Wechselbeziehungen in den Blick nimmt: in Pflege- und Care-Arbeit, im Bildungs- und Wirtschaftsbereich und in der Frage, wie wir Chancen und Risiken gesellschaftlich verteilen. Wenn wir den Zusammenhang von Problemen und fehlenden Lösungen einerseits und gesellschaftlichen Struktur- und Verteilungsfragen andererseits thematisieren, haben wir eine Chance, die Gesellschaft so zu verändern, dass Menschen Solidarität und Gerechtigkeit in allen Bereichen, von Bildung bis zur Wirtschaft, im Krankenhaus und im Pflegeheim erfahren.“

In fünf Kapiteln haben wir dargelegt, wie wir das Land gerechter, sozialer und ökologischer gestalten wollen. Dieses Programm, erarbeitet und diskutiert mit unseren Mitgliedern in vielen Basiskonferenzen, ist politischer Leitfaden und Orientierung für unser landespolitisches Wirken.

Seit 2014 ist DIE LINKE. Thüringen in Regierungsverantwortung und stellt in Thüringen den einzigen Ministerpräsidenten für DIE LINKE. Wir haben nunmehr sieben Jahre Erfahrungen sammeln können. Zu den Erfahrungen in unserem Landesverband zählt auch die Wahrnehmung, dass im Zusammenspiel der drei landespolitischen Akteure Landesverband, Landtagsfraktion und Regierungsmitglieder die „Partei“ bisweilen nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Alle drei Akteure sind Teil des und repräsentieren den Landesverband DIE LINKE.

Voraussetzung für den politischen Erfolg ist deren erfolgreiches Zusammenwirken, das sich

dann einstellt, wenn die unterschiedlichen Rollen der verschiedenen Akteure miteinander verzahnt sind und Entwicklungen gegenseitig befördern. Die Rolle des Landesverbandes wollen wir neu justieren. Durch die vollzogene personelle Trennung von Landes- und Fraktionsvorsitz wird die Rolle des Landesverbandes gestärkt, macht aber auch gleichzeitig eine im Landesverband zu führende Verständigung über die Unterschiedlichkeit von Aufgaben und Funktionen in Abgrenzung und kooperativer Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion und den Regierungsmitgliedern notwendig. Als Landesverband mit seinen drei Teilen wird es eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, Zukunftsthemen zu besetzen und mit Lösungs- und Handlungskonzepten für mittel- und langfristig sich bildende gesellschaftliche Mehrheiten für einen politischen Wandel zu werben., wichtige Zukunftsthemen zu besetzen und mit Lösungs- und Handlungskonzepten für mittel- und langfristig sich bildende gesellschaftliche Mehrheiten für einen politischen Wandel zu werben.

Unser Erfolg wird davon abhängen, ob und in welchem Maße es uns gelingt, gleichermaßen die aus ihren unterschiedlichen Aufgaben resultierende, notwendige politische Eigenständigkeit dieser drei Akteure zu ermöglichen und gleichzeitig nach außen geschlossen wirkend und miteinander solidarisch abgestimmt zu agieren. Sich dabei zwangsläufig ergebende Fragen müssen im kontinuierlichen, gemeinsamen Abwägungsprozess geklärt werden. Hier kommt dem Landesvorstand als dem politischen Leitungs- und Führungsgremium des Landesverbandes eine hohe Verantwortung zu.

Wo Wollen wir hin?

Eine Partei wie DIE LINKE: muss und will sich stetig entwickeln. Sie muss sowohl auf gesellschaftliche Fragestellungen, Probleme und Herausforderungen politisch und konzeptionell reagieren. Leitfaden hierfür ist das Programm der Partei DIE LINKE. Eine Partei muss aber auch den Platz und den Raum für die eigenen politischen Akteure abbilden und deren Bedürfnisse an gemeinsamer politischer Arbeit in der Organisation und verabredeten Arbeitsweisen widerspiegeln. Für den Parteientwicklungsprozess des Landesverbandes Thüringen sollen dabei folgende Prämissen gelten, die in Entscheidungen der Gremien des Landesverbandes berücksichtigt bzw. umgesetzt werden.

- Die Partei DIE LINKE ist eine aktive Mitgliederpartei. D.h. Mitglieder erhalten die Möglichkeit, sich jederzeit an politischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen zu beteiligen und entsprechend der Satzung der Partei an Entscheidungen mitzuwirken. Grundlage für die aktive Mitarbeit ist eine umfangreiche Information über laufende politische Prozesse und die Transparenz der Arbeit von Gremien und der Vertreterinnen und Vertreter unserer Partei in Kommunalvertretungen, Landesparlament und Regierung.
- DIE LINKE. Thüringen ruft Sympathisant: innen und Unterstützer: innen auf, linke Politik aktiv mitzugestalten und wirbt um ihre Mitgliedschaft. Neugewonnene Mitglieder werden schnellstmöglich angesprochen und es werden ihnen konkrete Angebote zur Mitarbeit unterbreitet.
- Eine proaktive Einbeziehung der Mitglieder durch Landesverband und Gebietsverbände sowie durch Gremien und Zusammenschlüsse der Partei beinhaltet, Erfahrungen, Erwartungen und Bedürfnisse an die eigene politische Arbeit bei der Organisation von Arbeitsstrukturen und -organisation ernst zu nehmen und diese gegebenenfalls anzupassen. Kriterium hierbei ist das Ziel der Steigerung politischer Partizipation und Wirkung auf der Grundlage der programmatischen Ziele der Partei DIE LINKE.
- Politische Bildung und die Vermittlung von politischer Handlungskompetenz ist und bleibt Grundlage einer aktiven Mitgliederpartei. Bildungsangebote müssen sich in der Form, im Vermittlungskonzept und in der thematischen Ausrichtung an neuen Erfahrungen und veränderten Ansprüchen, aber auch am perspektivischen Interesse des Landesverbandes an einer aktiven und handlungsfähigen Partei orientieren. Auf ein Konzept zur politischen Bildung baut ein Mentoring-Programm integrierendes Personalentwicklungskonzept für den Landesverband auf.
- Um die Mitarbeit in Gremien der Partei DIE LINKE attraktiver zu gestalten, soll die Arbeit in Gremien sich hauptsächlich auf die politische Arbeit konzentrieren und zu diesem Zweck um rein administrative Aufgaben entlastet werden.
- Um die Maßnahmen zur Verbesserung der Mitgliederverwaltung, -gewinnung und -betreuung nachhaltig zu etablieren, zu strukturieren und dort wo möglich zu standardisieren wird es notwendig sein ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten in gemeinsamer Diskussion mit den Kreisverbänden, dem Jugendverband und dem

Landesausschuss. Durch konkrete Vorschläge und Maßnahmen wie bzw. zur strukturellen Trennung von Mitgliederverwaltung und -betreuung können Freiräume für die politische Arbeit in den Kreisverbänden geschaffen werden.

- Nicht nur, aber auch im Zusammenhang mit dem pandemiebedingten Lockdown haben sich Informationskanäle und Kommunikationsformen verändert. Vor der Herausforderung, darauf in der Kommunikation in eine breite gesellschaftliche Öffentlichkeit adäquat zu reagieren und uns in der Öffentlichkeitsarbeit anzupassen, stehen wir auch in der innerparteilichen Kommunikation. Elektronischer Informationsaustausch hat die Geschwindigkeit des Informationszugangs enorm beschleunigt, aber auch die Informationsbreite erheblich erweitert. Austauschformate wie Telefon- oder Videokonferenzen waren und sind eine Möglichkeit, schnell, breit und mit wenig Aufwand zusammen zu kommen, sich auszutauschen und Prozesse gemeinsam zu gestalten. Diesem Vorteil steht der Verlust an Kommunikationsvielfalt und -Dynamik ebenso gegenüber, wie der Verlust am sozialen Zusammenkommen und an gemeinsamen Erlebnissen, die uns als sozialistische Partei seit Anbeginn prägen und die für viele auch ein Motiv für das Engagement in unserer Partei sind.

Um Kommunikationswege zu schaffen, die alle Mitglieder teilhaben lassen, die den Zugang zu Informationen verbessern und den unkomplizierten Austausch ermöglichen braucht es die gemeinsame Entwicklung eines niederschweligen und barrierearmen Kommunikationskonzeptes. Das beinhaltet eine Bestandsaufnahme von bestehenden Kommunikationswegen, einer Abfrage und Analyse der Bedarfe und konkreten Instrumenten zur Lösung wie die Etablierung einer gemeinsamen Kommunikationsplattform.

Aktive Mitgliederpartei zu sein bedeutet auch Parteiarbeit als soziales Miteinander zu verstehen. Räume für den innerparteilichen Austausch jenseits von Gremienberatungen sind insbesondere pandemiebedingt weggebrochen. Die Generationen in der Partei wieder miteinander zu verbinden, neue Räume und Formate zum solidarischen Austausch über politische Debatten zu schaffen und auch Parteiarbeit mit dem Feierabend in geselliger Runde mit Genoss: innen zu verbringen, ist dringend notwendig für ein innerparteiliches Klima, das deutlich macht: Gemeinsam sind wir DIE LINKE. Thüringen.

- DIE LINKE ist landesweit mit Büros und Anlaufstellen vertreten, einerseits über Geschäftsstellen des Landesverbandes, andererseits repräsentieren Bundes- und Landtagsabgeordnete über ihre Wahlkreisbüros LINKE Politik in den Parlamenten. Geschäftsstellen und Abgeordnetenbüros müssen landesweit Ort eines lebendigen Austausches mit Mitgliedern, Sympathisant*innen, Wähler*innen unserer Partei sein, aber auch darüber hinaus mit weiteren Menschen im Land werden. Wir dürfen aber nicht alleinig darauf warten, dass Menschen uns aufsuchen, wir müssen den direkten Kontakt, das direkte Gespräch suchen. Info-Stände, Veranstaltungen, große wie kleine, Haustür- und Gartenzaungespräche müssen zum permanenten Bestandteil unserer Arbeit werden.
- Für die Menschen muss unsere linke Handschrift wieder eingängig erkennbar sein. Die Handschrift der Partei, die sich konsequent für bezahlbare Mieten, den Schutz vor Altersarmut, die gerechte Verteilung des Reichtums, entschlossene Schritte gegen den Pflegenotstand, für Abrüstung und eine friedliche Außenpolitik, einen sozial gerechten wie konsequenten Klimaschutz, Antifaschismus, Geschlechtergerechtigkeit und Antirassismus einsetzt, muss klar erkennbar sein.
- Eine Aufgabe unserer Partei ist es, über die Vertretungen in kommunalen Gebietskörperschaften und in Parlamenten für die konkrete Umsetzung unserer politischen Ziele zu sorgen. Die Grundlage hierfür schaffen wir mit einem Erfolg bei den dafür stattfindenden Wahlen. Der Landesverband ist gehalten, bereits heute die etwa 500 Wahlen von ehrenamtlichen Bürgermeister: innen im Jahr 2022, die Wahl der Gemeinderäte, Kreistage, der Bürgermeister und Landräte sowie des Thüringer Landtages im Jahr 2024 konzeptionell und strategisch vorzubereiten und die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlantritt mit einer Vielzahl kompetenter und engagierter Kandidat: innen zu schaffen.

Der neugewählte Landesvorstand ist aufgefordert, auf dieser Grundlage eine strategische Konzeption zur Parteientwicklung zu erarbeiten und hierbei den Maßnahmenplan zur Frauenförderung und Geschlechtergerechtigkeit fortzuschreiben und zu integrieren.

Wir haben viel vor

Das Wahlergebnis zur Bundestagswahl am 26. September 2021 war für uns, DIE LINKE, eine deutliche und dramatische Niederlage. Gemeinsam gehen wir nun die Aufgaben und Herausforderungen an, die vor uns liegen. Wir setzen dabei auf die Kraft und das Engagement unserer Mitglieder – der Neuen, wie auch jener, welche uns schon seit Jahren begleiten und unterstützen. Wir setzen auf unsere Freude am Diskutieren und Entwickeln von Positionen und Konzepten, wir setzen auf die Ideenvielfalt Vieler, denen eine erfolgreiche LINKE am Herzen liegt. Angetrieben werden wir von der Überzeugung, dass die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse viele Menschen vom gesellschaftlichen Reichtum und von politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Partizipation ausgrenzt und die Herausforderungen des Klimaschutzes, der Ausbeutung nicht-erneuerbarer Ressourcen, der dauerhaften Verschmutzung von Ökosystemen als Lebensgrundlage für Mensch, Tieren und Pflanzen, aber auch die globale Ungleichheit und die permanent bestehenden Gefahren von Krieg und bewaffneten Auseinandersetzungen nicht zu lösen vermag.

Solidarität und Gerechtigkeit sind keine leeren Floskeln, für viele Menschen lebensnotwendig, für uns als DIE LINKE Leitziel unserer Politik.